

M. III. 1917

123

Die Kartoffelversorgung Wiens.

Wien, 10. März.

Die Approvisionierungskommission der Handelspolitischen Kommission hielt Donnerstag eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende Vizebürgermeister Hof einleitend betonte, daß heute schon Maßnahmen für die Versorgung der Stadt Wien mit Früh- und Spätkartoffeln vorbereitet werden müssen.

Handelskammersekretär Dr. Ziegler erstattete das Referat und erwähnte, daß zur Sicherung der Kartoffelversorgung bereits zwei Maßnahmen von der Regierung beschlossen wurden.

Eine namhafte Erhöhung des Kartoffelpreises, der im kommenden Betriebsjahre in derselben Höhe den ganzen Winter und auch in Frühjahr aufrecht erhalten werden soll. Man ist davon abgegangen, für das Frühjahr höhere Kartoffelpreise festzusetzen und dadurch dem Landwirt einen Anreiz zu geben, die Kartoffeln für den Frühjahrsvorverkauf zurückzubehalten, weil sich diese Maßnahme nicht bewährt hat.

Die zweite von der Regierung beschlossene Maßnahme ist die, daß größere Gemeinden, darunter natürlich in erster Linie Wien unter Patronanz der Regierung, die Möglichkeit erhalten sollen, schon jetzt mit den Grundbesitzern Anbauverträge zu schließen, die für die betreffenden Gemeinwesen die Sicherung des nächstjährigen Kartoffelbedarfes bezwecken. So wünschenswert der Abschluß derartiger Anbauverträge ist, meinte der Referent, dürfte es doch zweckmäßig sein, noch weitere Maßnahmen ins Auge zu fassen, die eine sichere und rechtzeitige Zustandebringung der Kartoffeln für den Konsum gewährleisten. Es wäre unter anderem die zentrale Kartoffelaufbringung in gewissen Grenzen auch im kommenden Jahre anzuzurufen. Sie hätte jedoch nach Maßgabe des von vornherein berechneten Bedarfes und nur dort Platz zu greifen, wo sie bestimmt glatt und rasch durchgeführt werden kann, nämlich nur bei größerem Grundbesitz. Anstatt des absehbaren Abgabezwanges, der bisher vorgeschrieben war, aber verjagt hat, wäre ein relativer Zwang zu empfehlen in der Weise, daß dem Grundbesitzer, wenn er im Herbst ein entsprechendes Quantum seiner Kartoffelernte abgeliefert und die Ablieferung eines weiteren Quantums für das Frühjahr zugesichert hat, das freie Verfügungsrecht für die übrige Ernte zusteht. Der Referent berechnet nach dem zehnjährigen Durchschnitt die Kartoffelernte Oesterreichs mit 90 Millionen Meterzentner, wovon auf die Ernte der Großgrundbesitzer 50 Millionen entfallen. Da für die zentrale Aufbringung des vergangenen Winters nur 2 Millionen Zentner verlangt wurden — bekanntlich konnten auch diese nicht aufgebracht werden — so würde es genügen, dem Großgrundbesitzer einen kleinen Bruchteil seines Heftarertrages für die zentrale Aufbringung abzunehmen, um die zentrale Versorgung, die ja teilweise schon durch die Anbauverträge der Gemeinden gedeckt wird, zu alimentieren.

In der Debatte, welche sich an das Referat knüpfte, betonte Stadtrat Knoll, daß das für das Jahr 1916 aufgestellte System der Kartoffelversorgung gegenüber der Stadt Wien vollständig versagt habe. Durch den mit 9 Schilling festgesetzten Preis wurden die Grundbesitzer zur Lieferung von Kartoffeln nicht veranlaßt.

Kammerrat Lampel sieht die Hauptschwierigkeiten der unzulänglichen Versorgung mit Kartoffeln in den Transportverhältnissen. Selbst eine schwache Mitelernte in Oesterreich würde ausreichen, um den Gesamtbedarf zu decken.

Die Vertreterin der „Kohö“ Frau Freund-Marcus fordert ein Verbot der Verarbeitung für industrielle Zwecke (Brennereien, Stärkeerzeugung usw.) mindestens so lange, bis feststeht, daß die für den unmittelbaren Verbrauch nötige Menge vorhanden ist.

Gemeinderat Reumann ist der Ansicht, daß in diesem Jahre mit Rücksicht auf den Mangel an anderen Nahrungsmitteln und deren hohe Preise ein Anwachsen der Nachfrage nach Kartoffeln zu erwarten sei. Er regt an, daß sich die Handelspolitische Kommission mit der Frage der Versorgung desjenigen Teiles der Bevölkerung befassen sollte, die in die von der Regierung initiierte Hilfsaktion nicht einbezogen sein wird.

Kommerzialrat Partil betont, daß in Oesterreich der Hauptfache nach eine Preispolitik und leider keine Ernährungspolitik betrieben wird. In der Verfolgung der letzteren mußte in erster Linie getrachtet werden, die Kartoffelproduktion zu heben. Zu beklagen sei es auch, daß bei der Kartoffelversorgung der Handel ausgeglichen wurde. Die Folge dieser Maßnahme sei gewesen, daß durch die unsachgemäße Behandlung der Kartoffeln eine sehr schlechte Qualität auf den Markt kam.

Kammerrat Mendl wendet sich gegen den Vorschlag des Referenten, daß nur ein Teil der Kartoffelernte beschlagnahmt solle. Wenn in der neuen Kampagne nicht die gesamten Kartoffelmengen vom Staate verwirklicht werden, so werden mit dem freibleibenden Teile die Preise wieder in die Höhe getrieben werden. Es werde niemandem einfallen, die dem freien Verkehr überlassenen Kartoffeln zum Höchstpreise zu verkaufen. Redner warnt davor, allzu große Hoffnungen auf das Ergebnis der neuen Ernte zu setzen. Unbedingt nötig wäre es, die Preise zwischen Kartoffeln und Getreide, zwischen Getreide und Futtermitteln und zwischen Futtermitteln und Vieh ins richtige Verhältnis zu bringen, so daß der Produzent keine Beweggründe hat, den Anbau des einen Artikels gegenüber dem andern zu bevorzugen oder Kartoffeln, beziehungsweise Getreide, zur Verfütterung des Viehs zu verwenden.

Frau Freundlich bemerkt, daß weder durch die Bewilligung von höheren Preisen, noch durch die vollständige Freigabe des Verkehrs mehr Lebensmittel auf den Markt gekommen sind. Dies könne man am besten beim Gemüse sehen, wo man den Handel nicht beschränkt habe. Richtiger wäre es, anstatt die Preise stets hinaufzusetzen, endlich an einen Abbau der Preise zu denken.

Nachdem noch Kammerrat Babs, Herr Elberich, Kommerzialrat Tauffig, Dr. Hein und Genossenschaftsvorsteher Feldmann sowie Frau Reswabna gesprochen haben, erklärt Vizebürgermeister Hof, daß eine Zusammenfassung der Anträge erst in der nächsten Sitzung erfolgen werde, in welcher das Referat über die Maßnahmen für die bessere Versorgung mit Fleisch und Fleischwaren zur Erörterung gelangen wird.